



Ilhan Kizilhan

Veränderungsprozesse in der Türkei seit Beginn der Beitrittspartnerschaft. Zum Reformbedarf hinsichtlich der Demokratisierung, der Durchsetzung rechtsstaatlicher Strukturen, der Stärkung der sozialen Marktwirtschaft und der Lösung des Kurdenkonfliktes

Zusammenfassung: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union begannen 1959 mit der Bewerbung der Türkei um die Vollmitgliedschaft in der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft). Die EWG akzeptierte die Bewerbung, und im Jahr 1964 wurde in Ankara ein Assoziationsabkommen mit der Türkei unterzeichnet. Der Weg der Türkei in die Union stand offen, machte jedoch bis zur Vereinbarung einer Zollunion zwischen der Türkei und der EU im Dezember 1995 keine wesentlichen Fortschritte.

Dieser Prozess dauerte deshalb so lange, weil die Türkei eine Vielzahl von internen und externen Problemen zu lösen hatte. Drei Coup d'Etats, Terrorismus und wirtschaftliche Probleme wirkten sich negativ aus. Während Griechenland, das seine Beziehungen zur EWG gleichzeitig zu entwickeln begonnen hatte, bereits 1981 die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) erhielt, wurden die Beziehungen zur Türkei infolge des Staatsstreichs von 1980 von der EG eingefroren. Erst im Jahre 1997 wurde die Türkei auf dem EU-Gipfel in Luxemburg zum Beitrittskandidaten ernannt. Der Beitrittsprozess begann mit dem EU-Gipfel von Helsinki im Jahr 1999. Um sich zur Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union zu qualifizieren, hat die Türkei jedoch noch eine Reihe von internen (Kurdenfrage, Demokratisierung, Wirtschaftsprobleme, etc.) und externen (Zypern-Frage) Problemen zu bewältigen.

1. Einleitung

Bereits 1964 vereinbarte die EWG ein Assoziationsabkommen mit der Türkei. Artikel 28 dieses Assoziationsabkommens eröffnete die Perspektive auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Doch nach diesem Schritt gab es lange Zeit keine weitere Annäherung zwischen Europa und der Türkei.

1987 stellte die Türkei einen Antrag auf Vollmitgliedschaft, der jedoch 1990 abgelehnt wurde. In den Beitrittsprozess der osteuropäischen Staaten wurde die Türkei nicht mit einbezogen, doch im Dezember 1995 schloss die Europäische Union eine Zollunion mit der Türkei. Dadurch wurden alle Zölle zwischen der Türkei und der EU abgebaut und ein gemeinsamer Außenzoll bestimmt.

Die Kommission verabschiedete im März 1998 eine "Europäische Strategie für die Türkei". Diese enthält u.a. Vorschläge für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen beiden Partnern. Die Türkei erklärte sich ihrerseits in der "Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU - Vorschläge der Türkei" mit dem Text der Europäischen Kommission einverstanden.

Erst auf dem Gipfel von Helsinki erkannte die EU die Türkei als Beitrittskandidaten an und der Vertrag über die Beitrittspartnerschaft mit der Türkei wurde schließlich während des EU-Gipfels in Nizza im Dezember 2000 unterzeichnet. Seit dem Jahr 2000 erhält die Türkei Vorbeitrittshilfen der Europäischen Union.

Am 19. März 2001 verabschiedete die türkische Regierung ihr nationales Programm zur Umsetzung der Beitrittspartnerschaft. Dieses Reformprogramm soll das Land in die Lage versetzen, die Kopenhagener Kriterien, auf denen der Erweiterungsprozess basiert, zu erfüllen. Diese Kriterien legen an alle Beitrittskandidaten die gleichen drei Maßstäbe an, nämlich die Umsetzung der EU-Vorschriften in nationales Recht, Demokratie und Menschenrechte und eine ausreichende Wirtschaftskraft. So wurden z.B. 2001 im Schnellverfahren 34 Artikel der türkischen Verfassung an die europäischen Rechtsstandards angeglichen. Was die Umsetzung dieser Verfassungsänderungen betrifft, herrscht allerdings noch viel Skepsis auf europäischer Seite.

Trotz der seit 1996 engen Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei im Rahmen der Zollunion steht noch kein Zeitpunkt für den Beginn der Beitrittsgespräche fest. Zugleich leben Menschen aus der Türkei in großer Zahl in der EU - so viele wie aus keinem anderen Beitrittskandidaten-Land. Dabei wird in den Kernstaaten der Europäischen Union auch die politische Partizipation dieser Gruppe immer stärker. Unterdessen steigt der politische Entscheidungsdruck hinsichtlich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sowie in der Türkei der Reformdruck. Schließlich wurde im August durch das Reformpaket vom August 2002 versucht, die Türkei weiter in Richtung Mitgliedschaft zu voranzubringen.

2. Die Kernpunkte des Reformpakets

Das Reformpaket enthält folgende Kernpunkte:

- Der kurdischen Minderheit werden weitreichende kulturelle Freiheiten eingeräumt, u.a. Fernseh- und Rundfunkprogramme in eigener Sprache und Kurdisch-Unterricht an Privatschulen unter staatlicher Aufsicht.
- Die Todesstrafe wird - mit Ausnahme von Kriegszeiten - abgeschafft. Bislang verhängte Todesstrafen - darunter gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan - sollen in lebenslange Haftstrafen ohne Begnadigungsmöglichkeit umgewandelt werden.
- Die bisher sehr strengen Bestimmungen zum Versammlungs- und Vereinsrecht sowie zur Pressefreiheit werden gelockert. Alle türkische Bürger können ein Gerichtsverfahren wieder aufnehmen, wenn die Urteile durch den EU-Gerichtshof für Menschenrechte gerügt werden. Außerdem wird Ausländern nun ein Recht auf Demonstrationen eingeräumt.
- Regelungen im Strafgesetzbuch, die bisher hohe Haftstrafen für die Beleidigung von staatlichen Organen oder Streitkräften vorsahen, werden abgeschafft.
- Die restriktiven Gesetze über die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen sollen grundlegend revidiert werden. Ausländische Gruppierungen bedürfen künftig keiner Niederlassungsgenehmigung mehr. Die Stiftungen nicht-moslemischer Minderheiten - vor allem der Christen und Juden - können zukünftig freier arbeiten.

Menschen- und Organschmugglern sowie Personen, die Kinderarbeit zulassen, drohen fortan hohe Strafen.

Diese Reformen sorgten für eine „kleine Sensation“ und machen Hoffnung eine positive demokratische Entwicklung in der Türkei. Doch bei näherem Betrachten der politischen Entwicklung in der Türkei stehen noch eine Reihe von Hindernissen auf dem Weg nach Europa.

3. Meinungen zu dem Reformpaket

Der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit sieht mit dem Reformpaket die Kriterien für eine Aufnahme in die EU erfüllt. "Von jetzt an wird die Türkei freier, demokratischer und europäischer werden", sagte der Regierungschef. Seiner Ansicht nach entspreche die Türkei mit den geplanten Reformen den von der EU gestellten Auflagen im Hinblick auf Menschenrechte und Demokratie. Ecevit erwarte nun eine baldige Aufnahme in die Europäische Union. "Die Türkei ist allen politischen Aufnahmebedingungen nachgekommen", so der Ministerpräsident.

Auf der anderen Seiten wollen die Nationalisten Klage gegen dieses Reformpaket einreichen. Die Nationalistische Aktionspartei (MHP) - Ecevits Koalitionspartner und zugleich stärkste Kraft im Parlament - hat sich unterdessen an die Spitze der Reformgegner gesetzt und geschlossen gegen das Reformpaket gestimmt. MHP-Vorsitzender Devlet Bahçeli will zudem das Verfassungsgericht anrufen, um die Reformen zu verhindern. Die Beschlüsse des Parlaments seien unüberlegt und würden das Land spalten, sagte der Parteivorsitzende in einem Interview mit dem privaten Fernsehsender NTV. Besorgniserregend ist dabei die Tatsache, dass sich das Gros der MHP-Wähler aus den ärmsten, ungebildetsten und fremdenfeindlichsten Bevölkerungsschichten rekrutiert.

Darüber hinaus hatte die nationalistische Partei Meinungsumfragen zufolge die besten Chancen, bei den vorgezogenen Wahlen im November 2002 als eine der stärksten Fraktionen ins Parlament einzuziehen. Ein westlicher Diplomat in Ankara sagte dazu: "Die Entscheidung, ob die Türkei tatsächlich den Anschluss an Europa will, ist nicht jetzt im Parlament gefallen. Sie steht noch aus - entschieden wird am 3. November."

Bahçeli, Vorsitzender der MHP, machte im Rahmen der Neuwahlen am 3. November 2002 erhebliche Stimmung gegen einen EU-Beitritt und brachte auch die Zypernfrage auf die Tagesordnung. Mit der Frage: „Wird man jetzt auch Zypern für den Beitritt aufgeben?“ versuchte Bahçeli, die Nationalisten emotional auf seine Linie bringen und machte deutlich, dass er nach einem Wahlsieg auch die Aufhebung der Todesstrafe erneut in Frage stellen wird.

Die Europäische Union hat das Reformpaket hingegen positiv aufgenommen. Für die Kommission sind die Gesetzesänderungen ein wichtiges Signal dafür, dass die Mehrheit der türkischen Führung entschlossen sei, sich weiter an die Werte und Maßstäbe der EU anzunähern. Erweiterungskommissar Günter Verheugen sagte, die Türkei stehe mit der Abschaffung der Todesstrafe "von nun an zweifellos auf unserer Seite". Die Beschlüsse des Parlaments seien eine Bestätigung für die EU-Politik, bei den Menschenrechten und beim Schutz von Minderheiten Strenge walten zu lassen. EU-Parla-

mentspräsident Pat Cox freute sich über die "bedeutsamen Fortschritte im Rahmen der EU-Kandidatur der Türkei". Auch die Bundesregierung äußerte sich positiv über das Reformpaket. Sie sehe sich in ihrem Kurs des offenen Dialogs bestätigt und setze darauf, dass Ankara "diesen Weg entschlossen fortsetzt".

Die EU-Kommission will nun einen Bericht über den Stand der Entwicklungen in den Beitrittsländern ausarbeiten. Ende Dezember soll dann beim EU-Gipfel in Kopenhagen - zum Ende der dänischen Ratspräsidentschaft - entschieden werden, welches Land aufgenommen werden kann. Dabei gilt es als möglich, dass der Türkei dann konkrete Vorschläge angeboten werden. Immerhin ist das Land am Bosphorus der Einzige der 13 Kandidaten, mit dem noch keine Verhandlungen geführt werden.

4. Die NGOs und die Bevölkerung

Nach der letzten Umfrage in der Türkei wünschen 71 % der Türken die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Nur knapp 7 % lehnen die Mitgliedschaft ab. Dieser breite Konsens ist in der EU-Bevölkerung vergleichsweise selten zu finden und auch untypisch für andere Politikbereiche in der Türkei. Der türkische Arbeitgeberverband TÜSIAD macht sich mit einer ganzseitigen Anzeige in den türkischen Tageszeitungen für die fälligen Reformen stark und übt starken Druck auf die Regierung aus. Am 15. Juni haben alle wichtigen Stiftungen in der Türkei gemeinsam einen Appell für die Durchsetzung der Reformen formuliert. Auch die 3,6 Millionen türkischstämmigen Migranten innerhalb der EU versuchen zunehmend Druck zu entfalten und Einfluss geltend zu machen, um Reformen in der Türkei zu befördern. Trotzdem bestehen zweifellos noch Informationsdefizite dahingehend, was der Beitritt konkret bedeutet. Bei einer weiteren Informationsoffensive sind alle notwendigen politischen Reformen in der Bevölkerung tatsächlich mehrheitsfähig. Diesem Umstand müssen die politischen Parteien, die sich ja inzwischen zum EU-Beitritt bekennen, dann Rechnung tragen und den Mut zu Reformen aufbringen. Hierfür ist unerlässlich, dass auch die EU weiter ihr Interesse am türkischen Beitritt verdeutlicht und den intensiven Dialog mit der Türkei fortsetzt.

5. Zur wirtschaftlichen Situation und der Entwicklung in der Türkei

Die Wirtschaftspolitik der Türkei steht im Spannungsfeld zwischen tief verwurzelttem Etatismus und Dirigismus (in osmanischer und kemalistischer Tradition) einerseits und einem seit den 80er Jahren zunehmenden marktorientierten Reformschub, der binnen- und außenwirtschaftlich auf Liberalisierung setzt. Insbesondere die seit Anfang 1999 amtierende Regierung hat verstärkte Anstrengungen im Bereich gesetzlicher Strukturreformen (u.a. Autonomie der Zentralbank, Transparenz des Bankenwesens und staatlichen Ausschreibungsverfahrens, Öffnung der Märkte für Telekommunikation und Energie, Reformen im Sozialversicherungssystem und der landwirtschaftlichen Subventionspolitik) unternommen. Auch in die Privatisierung der überwiegend ineffizienten und verschuldeten Staatsbetriebe ist eine gewisse Dynamik gekommen - trotz nach wie vor bestehender politischer Einzelinteressen und der derzeit ungünstigen internationalen Wirtschaftslage.

Die jährlichen Wachstumsraten des Bruttonationalprodukts (BSP) waren seit den 80er Jahren mit durchschnittlich 5 Prozent im OECD-Vergleich hoch, gemessen am Bevölkerungswachstum von derzeit immer noch rund 1,5 Prozent jedoch kaum ausreichend, um die Lücke im Pro-Kopf-Einkommen gegenüber anderen OECD-Staaten zu schließen. Im Jahre 2000 stieg das BSP um 6,1 Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen lag bei 3.200 US-Dollar (USD; 1999: 2.900 USD). 2001 führte die tiefgreifende Wirtschaftskrise zur Rezession (- 8,5 Prozent); das Pro-Kopf-Einkommen sackte unter die 3.000 USD-Marke. Damit liegt die Türkei unter dem durchschnittlichen Einkommen eines Entwicklungslandes mit mittlerem Einkommen (nach der Weltbankstatistik). Der Produktionssektor hat nach (optimistischen) amtlichen Schätzungen nur noch eine Auslastung von ca. 74 Prozent. Betriebsschließungen bedingen eine wachsende Arbeitslosigkeit sowie die Gefahr sozialer Spannungen.

Im Februar 2001 führte die Kombination von hoher Inflation (2001 über 80 Prozent), starkem Wertverlust der Türkischen Lira (TL) nach Freigabe des Wechselkurses sowie hohen Zinssätzen (über 90 Prozent), gepaart mit anhaltend hoher Staatsverschuldung, zu einer erneuten, schweren Finanzkrise. Der internationale Währungsfonds (IWF) und internationale Gemeinschaft haben hierauf mit einer Aufstockung der konditionierten Zusagen um 8 Milliarden auf insgesamt 19 Milliarden USD reagiert. Am 4. Februar 2002 hat der IWF ein neues Standby-Abkommen für den Zeitraum 2002-2004 mit konditionierten Neuzusagen von 12 Milliarden USD beschlossen. Das IWF-Gesamtprogramm für die Jahre 2000-2004 umfasst dadurch Kredite von insgesamt 31 Milliarden USD. Zusätzliche Mittel werden von der Weltbank zur Verfügung gestellt (optimistisches Szenario: 5,2 Milliarden USD für eine Dreijahresstrategie - eine weitere Aufstockung wird geplant). Die türkische Regierung setzt darauf, durch strikte Austeritätspolitik im Rahmen des IWF-überwachten Anpassungsprogramms mit Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Erhöhung der Einnahmen, Stilllegung nicht sanierbarer öffentlicher Unternehmen und zügigeren Privatisierungen die Inflationsrate 2002 deutlich zu senken und für in- und ausländische Investoren wieder ein Klima des Vertrauens zu schaffen, das schon 2002 wieder zu leichtem Wachstum führt.

Die türkische Wirtschaft hat in wenigen Jahrzehnten aus fast ausschließlicher Agrarökonomie differenzierte Strukturen mit starkem West-Ost-Gefälle entwickelt. Schwieriger erscheint die Situation mit Blick auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt - und hier weniger mit Blick auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern vielmehr die regionalen Disparitäten und Strukturdefizite betreffend, die ohne eine deutliche Nivellierung zu einer nicht zu verkraftenden Belastung für den EU-Haushalt werden könnten. Die geringen Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten in schwach entwickelten Gebieten haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einer kontinuierlichen Abwanderung in die wirtschaftlich entwickelten Regionen des Landes geführt. Das geographische Gefälle wird besonders deutlich, wenn man es anhand von Zahlen veranschaulicht:

Während das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in der wirtschaftlich florierenden Marmara-Region bei 14.000 Dollar liegt und dadurch bereits heute dem EU-Vergleich standhält, liegt es im Ostteil des Landes bei rund 800, im Südosten sogar nur bei 600 Dollar im Jahr. Die Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus schwach entwickelter Regionen ist ein dringendes Gebot für die Wirtschaftspolitik des Landes, und dies nicht allein, um die Abwanderung in die Ballungsräume zu bremsen. Ein ebenfalls großes Gefälle besteht bei der Verteilung des Volkseinkommens auf die Bürger. Während auf 20% der Bevölkerung 57,4% des Volkseinkommens entfallen, müssen sich ebenfalls 20% mit lediglich 3,4% begnügen. Die ungerechte Einkommensverteilung führt dazu, dass ein großer Teil der Bevölkerung um die Existenzsicherung im wahrsten Sinne des Wortes kämpfen muss und birgt damit sozialen Sprengstoff. Ein weiteres Problem, das die soziale Separation verschärft, ist die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit, die inoffiziell bei über 20% der Erwerbsfähigen liegt. Nicht erfasst ist in dieser Zahl die verdeckte Arbeitslosigkeit, zu der allenfalls Schätzungen gemacht werden können. Eine exakte statistische Erfassung aller Arbeitslosen ist deshalb nicht möglich, da es immer noch keine gesetzliche Arbeitslosenversicherung gibt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Gebot staatlicher Sozialpolitik, sondern auch eine entscheidende Maßnahme zur Erhöhung staatlicher Einnahmen, mit denen erforderliche Reformen wie der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems ermöglicht werden.

Allerdings - wirtschaftliche Dynamik, und damit auch Potenzial für eine geographisch und sozial ausgewogenere Verteilung, besteht in der Türkei trotz der momentanen Krise durchaus. Neben allen Missständen und Krisen darf nicht vergessen werden, dass sich die Türkei in vielen Sektoren in den letzten Jahren wirtschaftlich entfalten konnte. Diese Entwicklungen sind Indikatoren für eine langfristig wachstumsfähige Wirtschaft. Die türkische Industrie ist - mit einigen Ausnahmen - in nahezu allen Branchen vertreten und hat sich in einigen sogar zu einem erfolgreichen Exporteur entwickeln können. Die wohl bekanntesten Beispiele hierfür sind die Textilindustrie und die Bauwirtschaft. Seit Jahren exportiert die Türkei mit wachsendem Erfolg - auch in die EU - Textilien. Zahlreiche Bauunternehmen sind im Ausland erfolgreich aktiv, insbesondere in Osteuropa, auch wenn die Nachfrage in den vergangenen Jahren wieder abgeflaut ist.

Die Bevölkerung der Region profitiert bislang nur in beschränktem Maße vom infrastrukturellen Ausbau.

Die türkischen Arbeitnehmer und die Mittelklasse waren in den 80er und 90er Jahren die großen Verlierer der Liberalisierungspolitik, die dem Land ein rasches Wirtschaftswachstum, aber auch eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung beschert hatte. Der überwiegende Teil der in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk erwerbstätigen Arbeiter bezieht weiterhin den "Mindestlohn", einen ursprünglich nach einem Warenkorb berechneten Betrag für eine Person, der aber in der Praxis das "Familieneinkommen" darstellt. Seit dem 1. August 2001 beträgt der Netto-Mindestlohn ca. 100 EUR (122 Mio. TL). Die Entwicklung der Realeinkommen hat bereits im letzten Jahr mit der Inflation nicht Schritt halten können, so dass insbesondere die unteren Bevölkerungsschichten am Rande des Existenzminimums leben. Auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen wandert die ländliche Bevölkerung weiterhin in die industriellen Zentren ab und verstärkt die dortigen sozialen Probleme ebenso wie sie die Arbeitslosenquote erhöht.

6. Was macht die Türkei für die EU so interessant?

Die Tatsache, dass die EU die Türkei in Helsinki schließlich doch zum Beitrittskandidaten gekürt hat, lässt auf ein ersticktes Interesse an der Türkei schließen. Dieses Interesse lässt sich nicht allein auf wirtschaftliche Vorteile oder die Ausweitung der europäischen Wertegemeinschaft zurückzuführen, sondern hängt mit dem vermehrten Anspruch der EU zusammen, als internationale Ordnungsmacht zu agieren. Dazu möchte sie den "Machtfaktor" Türkei nutzen, der eine Stabilitätsfunktion in der Region übernehmen kann.

Der Türkei kommt aus europäischer Sicht die Funktion zu, eigene Machtansprüche auf neues Terrain - den Nahen Osten - zu übertragen. Dabei ist sich die Türkei dieser Einschätzung bewusst und versucht, nicht einfach alle europäischen Vorgaben bedingungslos zu akzeptieren, sondern einen Beitritt mit besseren Bedingungen zu erstreiten. Es läuft auf die einfache Frage hinaus, wie viel der EU ihr Anspruch als Ordnungsmacht und ihr Einfluss im arabischen Raum wert ist.

Die strategische Position der Türkei nach dem 11. September

Schon seit Jahrzehnten spielte die Türkei in strategischen und geopolitischen Zusammenhängen eine Sonderrolle: Die Türkei ist das einzige islamische Land in der NATO und hatte zugleich als NATO-Mitglied nicht nur eine Grenze zum War-

schauder Pakt, sondern, laut Ronald Reagan, zum "Reich des Bösen", der Sowjetunion. Außerdem besitzt die Türkei eine der größten Armeen der Welt.

Heute ist die Grenze zu den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zwar weiterhin brisant, jedoch geopolitisch von minderer Bedeutung. Seit dem 11. September 2001 hat sich das gesamte Gefüge verschoben: Die Grenzen zu Syrien, zum Iran und zum Irak sind jetzt von größerer Bedeutung. Hier verläuft nun die Trennlinie zwischen der NATO und einigen von US-Präsident George W. Bush als "Schurkenstaaten" bezeichneten Ländern.

Kein Land der Region und der Religion hat sich nach dem 11. September so eindeutig hinter den Kurs der USA gestellt. Das hat einerseits eine außenpolitische Isolation von den Nachbarstaaten zur Folge. Auch im eigenen Land wird diese Politik von großen Teilen kritisch verfolgt. Doch international stärkt diese konsequente Haltung andererseits die Türkei in der UNO, in der NATO und auch auf dem Weg in die EU.

Folgende strategischen Punkte sprechen für die Bedeutung der Türkei im Kampf gegen den Terrorismus und für die Machtstellung der westlichen Staaten im Nahen Osten:

Die strategische geographische Lage

Die NATO kann nur von der Türkei aus dauerhaft in der momentan brisantesten Region der Erde operieren. Weder die anderen Staaten der Region, welche nun mit der NATO zusammenarbeiten, noch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion verfügen über zuverlässige Strukturen, die langfristig ein stabiles politisches Gefüge garantieren. Und der andere strategische Partner der USA im Nahen Osten - Israel - hat zur Zeit eigene Probleme. Israel könnte zusätzliche Lasten derzeit nicht brauchen.

Die militärische Ausstattung

Mit der drittgrößten Armee der Welt kann die Türkei auch in Krisenzeiten selbstbewusst auftreten. Weder der Iran noch der Irak sind militärisch in der Lage, die Türkei anzugreifen. Selbst gemeinsam wäre das ein unkalkulierbares Risiko, das einen Flächenbrand zur Folge hätte. Selbst militärische Interventionen der Türkei in Zusammenarbeit mit den USA sind für die Türkei leistbar. Nachdem die Bedrohung durch die PKK nachgelassen hat, drängt es die militärischen und politischen Führer der Türkei nach neuen Aufgaben.

Die Erfahrungen im Partisanenkampf

Der von 1984 bis 1999 geführte Guerillakampf der PKK gegen das türkische Militär, der Umgang mit Aufstandsbewegungen und die Kontrolle von Minderheiten mit den Mitteln der Low-Intensity-Warfare und der psychologischen Kriegsführung qualifiziert die Türkei auch in den Augen der Amerikaner für die kommenden Auseinandersetzungen. Geduld und Erfahrung im Guerilla-Krieg sind Fertigkeiten, welche die Streitkräfte der USA nicht gerade auszeichnen. Auch den Verlust von Soldaten und Rückschläge kann der türkische Staat besser „ertragen“ und mit weniger Unruhe und Kritik von Seiten der Bevölkerung und der Presse als in den USA rechnen.

Gibt es eine Neue Rangordnung im Nahen Osten?

Der Türkei könnte so nun die schon lang erwartete oder gewünschte Rolle des „Gendarmen der USA im Nahen Osten“ zu Teil werden. Die Türkei hat jetzt schon eine besondere Machtstellung im Nahen Osten. Damit könnte auch der Iran besser „kontrolliert“ werden und/oder die Machtstellung des Irans noch mehr minimiert werden. Bei einer klaren und stärker werdenden Machtstellung der Türkei dürfte es aber den USA auf die Dauer schwer fallen, den Türken weiter Befehle zu erteilen. Eine andere Struktur der Verantwortung und der Verteilung der Lasten wäre naheliegend. Die Nähe zu Europa konnte die Stellung der Türkei insbesondere stärken, vor allem auch deshalb, da die Türkei das Risiko, isoliert zu werden, bestimmt nicht ohne Hoffnung auf Anerkennung und Belohnung (EU-Beitritt) eingegangen ist.

Seit dem 11. September 2001 hat die Außen- und Sicherheitspolitik der EU an Gewicht gewonnen und vieles spricht dafür, den Aufbau der "Schnellen Eingreiftruppe" der EU zu beschleunigen. Seit dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 steht fest, dass die Union eine eigene Streitmacht aufbauen wird. Diese soll jedoch nicht parallel zur NATO bestehen, sondern wird deren Aufgaben im Rahmen der Petersberger Beschlüsse ergänzen.

Im Ergebnis bedeutet es, dass auf vorhandenes Material zurückgegriffen werden kann. Schon aus Kostengründen sollen Doppelstrukturen vermieden werden.

Britische und amerikanische Unterhändler vermittelten schon 2001 über einen Kompromiss zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Der türkische Regierungschef Bülent Ecevit gab nach einem Gespräch mit wichtigen Militärvertretern bekannt, dass den "gerechtfertigten Erwartungen in der Frage der europäischen Verteidigung" zu einem großen Teil entsprochen worden sei. Vorgesehen ist, dass die Türkei vorab bei allen Einsätzen der EU-Eingreiftruppe informiert wer-

den soll, auch dann, wenn ihre eigenen Interessen nicht berührt werden. Ein förmliches Mitspracherecht bekommt die Türkei nicht. Einsätze, die die Sicherheitsinteressen der Türkei berühren, wie z.B. im Irak, sollen aber nur mit deren Zustimmung möglich sein. Zudem erklärt sich die EU bereit, bei Streitigkeiten zwischen NATO-Partnern nicht einzugreifen. Die letzte Klausel ist eine versteckte Anspielung auf den Zypern-Konflikt. Im Gegenzug soll die EU den gewünschten Zugang zu Einrichtungen und Kapazitäten der NATO erhalten.

7. Der EU-Beitrittsversuch der Türkei aus der Sicht der Kurden

Einleitend zitiere ich einen Abschnitt aus dem Lausanner Vertrag von 1923, auf den man sich berufen und die Forderung an die Türkei richten sollte, diesen internationalen Vertrag einzuhalten, der schließlich erst die heutige Türkei möglich machte.

Am 24. Juli 1923 wurde zwischen dem Britischen Empire, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien, dem serbokroatisch-slowenischen Staat auf der einen und der Türkei auf der anderen Seite der Vertrag von Lausanne unterzeichnet. Dieses Abkommen bildete die Grundlage der Aufteilung des nationalen Territoriums des kurdischen Volkes (Türkei, Iran, Irak und Syrien).

Obwohl die Kurden nicht anwesend waren, sprach man in Lausanne oft von ihnen, vor allem aber übers Erdöl. Während England vorgab, in dieser Sache nichts als die Interessen und die Freiheit des kurdischen Volkes zu verteidigen, das „wie alle anderen Völker der Region sich seiner nationalen Rechte erfreuen, seine eigene Regierung haben sollte,“ bekräftigte die Delegation von Ankara, dass „die Regierung der Großen Nationalversammlung die der Türken und der Kurden ist“, dass „die wahren Vertreter der Kurden in der Nationalversammlung an der Seite der Türken sitzen“, dass „der Türke und der Kurde in der Regierung der Türkei vereinigt sind,“ dass „die Kurden sich in nichts von den Türken unterscheiden und, obgleich verschiedene Sprachen sprechend, bilden diese beiden Völker hinsichtlich Rasse, Glauben und Sitten eine Einheit.“ (Vgl. Konferenz von Lausanne, Rede von Ismet Pasha auf der Sitzung am 23. Januar 1923)

Schließlich erwähnt der Vertrag an keiner Stelle die Kurden und erkennt ihnen keinerlei nationale Rechte zu. Er enthält aber eine Anzahl von Klauseln über den „Schutz von Minderheiten“ (Abschnitt III, Art. 37 – 44):

„Es wird keinerlei Verbot erlassen gegen die freie Benutzung jeglicher Sprache durch jeden türkischen Staatsbürger, sei es im privaten oder kaufmännischen Bereich, sei es in der Religion, der Presse oder bei Veröffentlichungen, sei es bei öffentlichen Versammlungen.

Trotz des Bestehens der offiziellen Sprache wird den türkischen Staatsbürgern mit anderer als türkischer Sprache die Befugnis erteilt, vor den Gerichten ihre Sprache zu sprechen“ (Art. 39.) (Vgl. Louis Le Fur, Recueil de textes de droit international public, Dalloz, Paris 1934, S. 762-763).

Soweit ich es überblicken konnte, begrüßen die Kurden und deren Organisationen insgesamt die Reformen in der Türkei. Der mögliche Beitritt würde die Türkei dazu zwingen, sich an die grundlegenden Menschenrechtskonventionen auch praktisch zu halten, den Demokratieprozeß voranzutreiben und die Rechte der Menschen aus der Türkei, vor allem der Kurden mit mehr als 20 Millionen und ihre kulturellen Rechte, anzuerkennen. Die Kurden sind natürlich aufgrund leidvoller Erfahrungen sehr skeptisch, ob die Türkei überhaupt in der Lage sein wird, diese Reformen umzusetzen und sich auch daran zu halten. Die Erfahrung der Kurden aus der Vergangenheit lehrt, dass das Kriterium einzig die Praxis ist.

Die kurdischen Organisationen glauben fest, dass ohne die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien die Türkei keine Chance haben wird, irgendwann EU-Mitglied zu werden. D.h., mit anderen Worten, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, muss die Türkei insbesondere die Kurdenfrage lösen.

Nach Einschätzung vieler kurdischer Organisationen sind zwar die neuen Gesetzesänderungen vom August dieses Jahres ein positiver Schritt, sie erfüllen aber weder die Kopenhagener Kriterien, noch können sie als ein ernsthafter Schritt zur Lösung der Kurdenfrage und zur Demokratisierung gewertet werden.

So wurde beispielsweise die Todesstrafe bis auf „in Kriegssituationen oder bei drohenden Kriegssituationen“ aufgehoben. Die Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn sind ständig angespannt, und mit dem kurdischen Volk befinden sie sich fast immer im Kriegszustand. Aktuell ist die Drohung der USA, den Irak anzugreifen, auf der Tagesordnung. Was passiert, wenn die Türkei sich in diesen Krieg offiziell einmischt oder den immer wiederkehrenden Anspruch auf die kurdischen Gebiete im Irak Kirkuk-Mosul noch aus dem Osmanischen Reich erhebt? Wird hier dann wieder die Todesstrafe eingeführt? Die Türkei müsste sich ganz klar, ohne jeden Zweifel von der Todesstrafe distanzieren.

Obwohl seit 1984 keine Hinrichtungen vollzogen worden sind, sind Zehntausende Menschen in der Türkei durch Sicherheitskräfte in kriegerischen Auseinandersetzungen, durch die Konterguerilla, Geheimdienste etc. getötet worden oder verschwunden, genauso viele erlitten unmenschliche Folter und Verhaftungen auf Grund ihrer Meinungsäußerung oder ethnischen Zugehörigkeit. Obwohl die Folter in der Türkei offiziell verboten ist, werden nachweislich immer noch Menschen in der Haft gefoltert.

Muttersprachliche Bildung ist immer noch nur eingeschränkt möglich. Es ist lediglich von Unterricht in der Muttersprache außerhalb des Schulunterrichtes in privaten Kursen die Rede. Es ist unklar, wie diese Kurse realisiert werden sollen. Man dürfte sich nicht wundern, wenn selbst diese Kurse durch unzählige bürokratische Hürden oder durch die Polizei verhindert werden. Bekannte Sänger, wie Sezen Aksu, die in ihren Konzerten ein kurdisches Lied singen, werden indirekt durch Presseerklärungen der Generäle unter Druck gesetzt. Andere wagen dann gar nicht diesen Schritt.

Werden private Radio- und Fernsehsendungen in Kurdisch oder in anderen Sprachen zugelassen, und dürfen diese bei Einhaltung internationaler inhaltlicher Kriterien, wie z.B. der des ITC (International Television Committee) in London, gesendet werden? Im Augenblick gibt es noch viele Fragen ohne ausreichende Antworten. Wie bisher, so werden die Kurden auch in Zukunft keine Parteien und Organisationen gründen können, die offen eine kurdische Identität bzw. Namen tragen. Das Verbot solcher Freiheiten gilt heute ebenso wie gestern als „Separatismus“.

Das türkische Rechtssystem ist ein Labyrinth voller Fallen und Hindernisse für Rechte und Freiheiten. Das gilt an erster Stelle für die Verfassung von 1982, die ein Produkt der Junta ist. Es können keine ernsthaften Schritte in Richtung Demokratie und Erfüllung der Kopenhagener Kriterien unternommen werden, bevor diese Verfassung und das gesamte Rechtssystem nicht demokratisiert worden sind. Die kurdische Sprache, die die Muttersprache von einem Drittel der Population des Landes ausmacht, sollte als offizielle Sprache neben Türkisch anerkannt werden.

Einige Kurden gehen noch weiter und verlangen die vollständige Anerkennung der kulturellen und politischen Rechte des kurdischen Volkes, und zwar muttersprachlichen Unterricht in Kurdisch von der Grundschule bis zur Universität; ganztägige Radio- und Fernsehsendungen in Kurdisch; freie kurdische politische Parteien und Organisationen sowie eine föderative Lösung auf der Basis der Gleichheit.

Wenn wir uns kurz die Hintergründe dieses Konfliktes genauer anschauen, so kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Hindernisse hinsichtlich der Kurdenfrage und damit auch der Zustimmung zur EU in der türkischen Politik strukturell in dem innergesellschaftlichen Konflikt der türkischen Eliten liegen. Die Elite in der Türkei, zum Teil konservativ bis faschistisch ideologisiert, erkennt, welche großen Reformschritte für den EU-Beitritt erforderlich sind, und dass diese ihre bisherigen Privilegien und politisch-undemokratischen Zugriffsmöglichkeiten erheblich einschränken könnten. Anscheinend hat auch das Militär seine eigentlich im Sinne des Kemalismus liegende Zuwendung zur EU eingeschränkt und konzentriert sich jetzt vor allem auf die Sicherung der eigenen, in einer parlamentarischen Demokratie nicht legitimierbaren Vorrangstellung und Macht im Staate.

Der historische Hintergrund liegt u.a. darin, dass seit der Gründung des Staates die Türkei mit großen Schwierigkeiten versucht, aus der traditionellen Agrargesellschaft des Osmanischen Reiches zu einer bürgerlich-parlamentarischen Industriegesellschaft überzugehen. Dieser Prozess ist noch lange nicht beendet, und niemand kann sagen, ob das Ziel überhaupt erreicht wird. Ein Rückfall ist nicht auszuschließen, wenn das gegenwärtige politische System seine Fähigkeit zu Reformen gänzlich verliert.

Damit ist auch die Situationen der Kurden in der Türkei verbunden. Die „Problematik“ um die Kurden hat sich mit dem neu entstanden türkischen Staat, mit einer sehr eingeschränkten nationalistischen Sichtweise verschärft. Den Kurden wurde bis zur Gründung der Türkei auf vielen Wegen eine Teilhabe an diesem Staat versprochen, aber letztendlich verwehrt, was zu zahlreichen Aufständen führte, die ihre Spuren bis in die heutige Zeit hinterlassen haben. Die Verleugnung von mehr als 20 Millionen Kurden in der Türkei war und bleibt ein politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Sprengstoff, den kaum jemand wirklich kontrollieren kann. Ein Lösung dieses Konflikts würde aber auf der anderen Seite erhebliche politische, kulturelle und wirtschaftliche Vorteile bringen, die von der konservativen und faschistischen Elite verhindert oder gebremst werden. Dieser Prozess förderte die Militarisierung von Herrschaft und Gesellschaft. Der Guerilla-Krieg der PKK seit 1984 bis zur ihr Abkehr vom bewaffneten Kampf hat bisher zu keinen ernsthaften Veränderungen hinsichtlich der Lösung der Kurdenfrage geführt.

Die Frage nach einer friedlichen, politischen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts ist also eng mit der Demokratisierung der Gesellschaft verbunden. Das alte Schema von Aufstand und Repression sollte zugunsten einer kooperativen Lösung der Volksgruppen verlassen werden. Die Kurden und ihre vielen Organisationen und Parteien sind bereit, diesen Konflikt friedlich, im Interesse beider Völker zu lösen und zeigen starke Kompromissbereitschaft, was aber nicht den Ausverkauf der kurdischen Interessen bedeuten sollte. Hier kann die supranationale Orientierung der EU zur Überwindung der nationalistischen Ausrichtung der türkischen Gesellschaft eine wichtige Hilfe sein. Sie wird allerdings auch die Furcht der rechten türkischen Eliten vor einer solchen Entwicklung zunächst steigern, was die gegenwärtigen Konflikte innerhalb der Regierungskoalition um Reformen bereits anzeigt.

Die Forderung nach Demokratisierung wird nicht allein als eine Forderung an den Staat Türkei zu verstehen sein. Auch die im Guerilla-Krieg gewachsenen Organisationsformen, die keineswegs demokratisch, sondern militärisch-autoritär strukturiert sind, sind ebenso wie die traditionellen Verhaltensweisen einem Prozess der Demokratisierung zu unterziehen. Die kurdische Seite muss ebenfalls einen internen friedenspolitischen Prozess einleiten. Das wird oftmals Dezentrali-

sierung, Eröffnung von breiten Diskussionszusammenhängen und das Ertragen von unterschiedlichen Meinungen bedeuten und kann nicht nur eine Verklärung der Vergangenheit zum Inhalt haben. Wie bei den Türken, so ist auch bei den Kurden die Bereitschaft, Konflikte nicht zivil, sondern gewaltsam zu bearbeiten, zu überwinden.

Im weiteren wird es notwendig sein, den Kampf für die Demokratisierung der Türkei nicht nur in der Türkei zu führen. Vielmehr ist eine internationale Vernetzung mit demokratischen Organisationen und Institutionen auch im Ausland notwendig. Die Entwicklung von offiziellen und geheimen Projekten zur Überwindung des Konflikts mit dem Ziel, eine Annäherung zu entwickeln, sind wichtige Ansätze, die bald u.a. mit der Unterstützung der europäischen Regierungen und des EU-Parlaments begonnen werden sollten. Kontinuierliche und vertrauenswürdige Arbeit ist dabei dringend geboten.

8. Fehlende und klare Perspektive der Türkei auf dem Weg nach Europa

Die unklaren Vorstellungen und möglicherweise falsche Erwartungen hinsichtlich des EU-Beitritts hängen auch damit zusammen, dass es keine systematische, differenzierte und kontinuierliche Berichterstattung in den türkischen Medien über politische Vorgänge in den wichtigsten EU-Ländern gibt. Auch die Gesprächskontakte zwischen der Türkei und den wichtigsten europäischen Ländern existieren nur auf höchster Ebene, aber nicht in der Breite und in der Tiefe zwischen Abgeordneten, Beamten, Journalisten, Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbänden, NGO's usw. Über den komplizierten politischen Entscheidungsprozess im Europäischen Parlament, im Ministerrat und in der EU-Kommission, über den politischen Diskurs in Europa, über die dortigen politischen Prioritäten und Empfindlichkeiten haben die türkischen Führungskräfte aus allen Bereichen aufgrund der geringen Kontaktdichte nur sehr vage oder oft falsche Vorstellungen. Das Gefühl des sich gegenseitig Fremdseins und aneinander Vorbeiredens ist noch vorherrschend.

Auch in Europa gibt es - wenn man von den wenigen wissenschaftlichen Experten einmal absieht - nur wenige Entscheidungsträger in Politik, Bürokratie, Medien, Wirtschaft usw., die die Türkei kennen und sich um einen regelmäßigen Gesprächskontakt, einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch bemühen. Dies ist deshalb problematisch, weil dadurch auf beiden Seiten Missverständnisse und Fehleinschätzungen vorprogrammiert sind. Dies wird einem immer wieder bei Diskussionen zwischen türkischen und europäischen Politikern schmerzlich bewusst.

Aber noch gefährlicher könnte sein, dass durch einen sehr schnellen Veränderungs- und Annäherungsprozess der Türkei an die EU die türkische Bevölkerung, der Mann auf der Straße, von dieser Entwicklung völlig überrollt und überfordert wird. Es wird noch sehr viel Aufklärungs- und Informationsarbeit in der Türkei erforderlich sein, um die Zustimmung in der Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft erhalten zu können. Noch stimmen ca. 70 % der Bevölkerung einer EU-Mitgliedschaft zu, aber es ist eine allgemeine Zustimmungserklärung, die sich naturgemäß über die Konsequenzen einer EU-Mitgliedschaft im Detail nicht im klaren ist. Wir wissen aus anderen Beitrittskandidaten-Ländern, wie zum Beispiel Polen, wie schwer es ist, die Notwendigkeit schmerzlicher und unpopulärer Veränderungen klar zu machen und dafür Unterstützung zu erfahren. Wir wissen aus Deutschland, wie lange die Bevölkerung der Einführung des Euro ablehnend gegenüberstand und vielleicht noch heute gegenüber steht. Und auch in den einzelnen EU-Mitgliedsländern wird noch ungeheuer viel Überzeugungsarbeit geleistet werden müssen, um dort in der Bevölkerung eine Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei erreichen zu können. Dies ist ganz sicher auf beiden Seiten noch ein langer Weg. Er verlangt auf beiden Seiten viel Fingerspitzengefühl, gegenseitige Unterstützung und Rücksichtnahme. Absolut kontraproduktiv wäre es, wenn dieses Thema aus innenpolitisch motivierten taktischen Gründen in Wahlkämpfen missbraucht werden würde, wie es leider die Nationalistische Bewegungspartei (MHP) begonnen hat.

Türkische Politiker und Medien müssen sich z.B. zunächst erst einmal daran gewöhnen, dass künftig von Seiten der EU berechnete Forderungen gestellt und kritische Anmerkungen zur türkische Politik gemacht werden, die man vor Helsinki immer als ungerechtfertigte, arrogante Einmischung in die inneren Verhältnisse der Türkei oder als Ignoranz der EU abwehren konnte. Nunmehr muss, wenn die türkische Elite es ernst meint, der gesellschaftliche Prozess für eine Demokratisierung der Türkei, für die Anerkennung der ethnischen und nationalen Minderheiten in der Tat in Gang gesetzt werden.

Wie schwer es der Türkei immer noch fällt, sich bei Entscheidungen von nationaler Bedeutung supranationalen Gremien im Konfliktfall anzuvertrauen bzw. "auszuliefern", hat die Diskussion über die rechtliche Anerkennung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit bei Großprojekten in Streitfällen zwischen den Vertragspartnern gezeigt. Bisher hat die Türkei im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern in derartigen Fällen eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit nicht anerkannt; mit der Folge, dass ausländische Investoren in ihrem Engagement bei der Finanzierung von Großprojekten außerordentlich zurückhaltend waren. Nach langer, sehr kontroverser Diskussion in der Öffentlichkeit und im Parlament ist die erforderliche Gesetzesänderung schließlich verabschiedet worden. Aber sowohl im Zusammenhang mit diesem Thema wie auch bei der Privatisierung von staatlichen Energie- oder Telekommunikationskonzernen wird hier immer noch ganz schnell das Argument des "nationalen Ausverkaufs" vorgebracht. Dies ist insofern verständlich, als die Türkei in osmanischer Zeit von einigen westlichen Staaten in der Tat erbarmungslos ausgebeutet wurde und die Türkei in totale Abhän-

gigkeit von ausländischen Gläubigern geriet. Diese traumatische Erfahrung wirkt bei Türken ähnlich stark nach wie bei uns Deutschen die Inflationserfahrung.

Ohnehin hat die Türkei keine oder nur sehr wenig oder eher schlechte Erfahrungen mit einer engen Kooperation mit Nachbarstaaten, da diese in der Vergangenheit entweder kommunistisch waren oder, wie heute noch, islamische Diktaturen oder Militärdiktaturen sind. Die Europäische Gemeinschaft aber ist ein Integrationsmodell. Als EU-Mitglied muss die Türkei nicht nur kooperieren, sondern sich gemeinschaftlichen Zielen unterwerfen, die nur erreicht werden können, wenn im Interesse eines gemeinsamen Ganzen auf allen Seiten Kompromisse und Zugeständnisse gemacht werden, die weit über das hinaus gehen, was bisher für die Türkei notwendig war. Als EU-Mitglied ist sie zum Kompromiss und zur Zusammenarbeit gezwungen. Als EU-Mitglied ist die Türkei kein souveräner Staat mehr, sondern muss sich gemeinsam gefällten Entscheidungen unterwerfen, auch wenn sie diese für falsch hält. Dies verlangt von der türkischen Politik einen grundlegenden Bewusstseinswandel, denn für national motivierte Einzelgänge wie bisher besteht dann keine Möglichkeit mehr. Und die Möglichkeit, die Verhandlungen abzubrechen oder aus der EU wieder auszutreten, besteht auch nicht.

Das Militär hat in der Türkei traditionell immer eine politisch sehr einflussreiche Rolle gespielt, die für Europäer nur schwer verständlich, geschweige denn akzeptabel ist. Im Gegensatz zu Deutschland hat z. B. das Militär hier in der gesamten Gesellschaft ein sehr hohes Ansehen. Die dreimalige Übernahme der Macht durch das Militär zeigte die Macht des Militärs im Staat und wer die wirklichen Entscheidungsträger in diesem Lande sind. Die Suspendierung des demokratischen Systems und deren Ersatz durch eine Militärherrschaft hat immer wieder die demokratischen Kräfte und deren Entwicklung um Jahre zurück geworfen.

Die Politik hat daher auf die Sicherheits- und Verteidigungsstrategie des Landes und die damit verbundenen Rüstungs- und Ausgabenentscheidungen praktisch keinen Einfluss, weil das Militär selbständig entscheidet. Wichtiger ist aber, dass sich das Militär auch verantwortlich fühlt für die innere Sicherheit des Landes und damit tief in die Kompetenzen der Politik eingreift oder mit ihr rivalisiert. Den Primat der Politik gegenüber dem Militär durchzusetzen, so wie es in Europa als selbstverständlich praktiziert und auch von dem künftigen EU-Mitglied Türkei verlangt werden wird, ist in der Türkei nur schrittweise realisierbar und sehr schwierig.

9. Die Emanzipation des Bürgers und der Gesellschaft vom Staat

Der Staat ist immer noch in den Augen zu vieler Bürger die einzig entscheidende Institution, auf die er blickt, die ihn fördert, ermahnt, erzieht und bestraft. Der türkische Staat mit seiner schwerfälligen, zentralistischen und teilweise korrupten Bürokratie muss sich erst einmal vom Selbstverständnis des allwissenden, die Gesellschaft misstrauisch kontrollierenden Organs freimachen und erkennen, dass er eine dienende Funktion gegenüber dem Bürger hat und nicht umgekehrt. Die Emanzipation des Bürgers und der Gesellschaft vom Staat, die Vitalisierung und Mobilisierung einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft innerhalb eines vom Staat großzügig gesetzten rechtlichen Rahmens ist eine zentrale Voraussetzung für die Fortentwicklung und Stabilisierung der Demokratie und des Rechtsstaates in der Türkei.

Weil dafür aber eine Mentalitäts- und Bewusstseinsänderung in der politischen, bürokratischen und militärischen Elite erforderlich ist, kann dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden. Gesetze lassen sich relativ schnell ändern, wenn die parlamentarischen Mehrheit und der politische Wille dafür vorhanden sind. Aber die dem Geiste der Gesetze entsprechende Umsetzung und Anwendung der Gesetze ist nur dann garantiert, wenn sich auch die Einstellungen derjenigen, die diese Gesetze anwenden, entsprechend geändert haben. Schon jetzt aber hat die Türkei ein großes Defizit bei der Umsetzung und Anwendung der bestehenden Gesetze, die häufig genug je nach Opportunität streng, milde oder gar nicht angewandt werden. Und wenn man dann noch den politischen und administrativen Entwicklungsstand im Osten der Türkei berücksichtigt, wird das Ausmaß der erforderlichen Reformen und Veränderungen besonders deutlich. Es ist zu hoffen, dass die neuen Chancen, die sich mit dem Ende des bewaffneten Kampfes der Kurden in der Türkei, vor allem in den kurdischen Siedlungsgebieten, eröffnen, von allen Seiten zielstrebig genutzt werden, um diesem lange vernachlässigten Teil des Landes eine positive Zukunftsperspektive zu geben.

Der Status als Beitrittskandidat oder die Beitrittspartnerschaft ist nicht mit Beitrittsverhandlungen zu verwechseln. Die EU hat lediglich ihre Bereitschaft erklärt, die Türkei aufzunehmen, wenn sie alle politischen Kriterien (Kopenhagener Kriterien) erfüllt und einhält. Erst danach werden die offiziellen Beitrittsverhandlungen aufgenommen, so wie dies bereits mit 12 europäischen Staaten der Fall ist.

Literatur

Buhbe, M., 1998. Die Türkei und die Grenzen der europäischen Integration. In: Politik und Gesellschaft Online, International Politics and Society 2/1998.

Die Welt, vom 16.03.2000.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 11.03.2000.

Grote, M., 2000. Die unsichtbare Kraft - Türkisches Unternehmertum in Deutschland, Rede am 18.05.2000 auf der Veranstaltung von TÜRKINFO in Köln.

Hürriyet, türkische Tageszeitung vom 05.08.2002

Hürriyet, türkische Tageszeitung vom 05.11.1997

Kizilhan, I., 2000. Soziale und psychologische Einwirkung des Krieges auf Kinder. In: Konflikt und Gewalt, Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung – Studien für europäische Friedenspolitik, Münster.

Kizilhan, I., 2000. Zwischen Angst und Aggression - Kinder im Krieg. Bad Honaf .

Kizilhan, I. 2002. Fluchtursachen aus den kurdischen Gebieten. In: Rechtliche Situation und Integrationsperspektiven von kurdischen MigrantInnen, Navend – Zentrum für kurdische Studien e.V. (Hrsg.), Bonn.

Le Monde, vom 18.05.2000.

Louis Le Fur, 1934. Recueil de textes de droit international public. Dalloz, Paris 1934, S. 762-763.

Presseerklärung Bündnis 90/Die Grünen befürworten den EU-Beitrittskandidatenstatus der Türkei, 07. Mai 2001.

Presseerklärung des Generalsekretärs der PSK, 07.08.02.

Regelmäßiger Bericht der EU 2001 über die Fortschritte in der Türkei, Brüssel 13.11.2001.

Sahin, M., 1999. Türkei - Kurdistan: Eine Reise durch die jüngste Vergangenheit. Ein Dossier über das Jahr 2000-1, Köln.

Sen, F., 2002. Mögliche politische Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft der Türkei – Türkei-EU-Beziehungen aus Sicht der 'Europa-Türken'. Fachtagung der Türkischen Gemeinde in Deutschland und der Europäischen Akademie in Berlin, 14.06.2002.

taz, vom 09.03.2000